

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisdorfer 33.
Spezialdruck der Redaction:
Dienstag 10-12 Uhr.
Mittwoch 4-6 Uhr.
Für die nächste Morgenblätter
Ercheint nach der Redaction nicht
beständig.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmter
Inserate an Wochentagen bis
11 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 1/2 Uhr.
In den Fällen für Inf.-Annahme:
Otto Stemm, Universitätsstr. 22,
Louis Köhler, Rothemannstr. 15, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 193.

Sonnabend den 12. Juli 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 13. Juli nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit den Peterssteinweg vom sogenannten Römischen Hause ab bis zur Albrechtsstraße neu planieren zu lassen und ergeht deshalb an die Käufer der angrenzenden Grundstücke und bei an die Anwohner hierdurch Auforderung, etwa beabsichtigte, von bezeichnen Straßentractat betreffende Arbeiten an den Privat-Gas- und Wasserleitungen und Befestigen ungesäumt und jedenfalls vor der Reupflasterung auszuführen, da mit Rücksicht auf die Erhaltung eines guten Straßenpflasters dergleichen Arbeiten während eines Zeitraumes von 5 Jahren nach beendigter Reupflasterung in der Regel nicht zugelassen werden.
Gleichzeitig verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 24. März d. J., Inhalt dessen vor Reupflasterung von Straßentractaten die Dachtraufen mittelst besonderer Fallrohrschleusen unter den Fußwegen hindurch in die hiesigen Hauptflüsse zu führen sind.
Leipzig, am 26. Juni 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig
Dr. Georg. Sckh.

Bekanntmachung.

die communale Besteuerung des festen Einkommens betreffend.
Nach §. 17 des Regulativs für die Gemeindeanlagen der Stadt Leipzig sind festes Einkommen, Bausold und Pensionen nur zu 4/5 in Anschlag zu bringen. Es ergeht daher an diejenigen Steuerzahler, welche glauben, diese Bestimmung für sich in Anspruch nehmen zu können und von derselben, soweit es nicht bereits geschehen, noch Gebrauch machen wollen, hierdurch die Auforderung, ihre darauf abzielenden Gesuche binnen 3 Wochen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab, also spätestens bis zum 25. Juli d. J. bei Verluft des Reclamationdrehtes an die Steuerabtheilung des unterzeichneten Rathes (Grüb. Bldauer Garnich 3. Etage) einzureichen. Dem Anbringen ist der Nachweis beizufügen, aus welchem Grunde das Einkommen des Reclamanten als ein festes zu betrachten sei.
Leipzig, den 30. Juni 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg.

Bekanntmachung.

Das Henning-Große'sche Magisterstudium ist auf die Termine Petri Pauli 1878 und Pauli Befehung 1879 von uns zu vergeben.
Empfangsberechtigt sind Solche, welche den Nachweis beibringen, daß sie die philosophische Doctorwürde an der hiesigen Universität gegenwärtig erlangen oder wenigstens die Dissertation zur Erlangung derselben beim Herrn Decan eingereicht haben.
Bewerbungsschreiben sind bis zum 31. d. M. bei uns einzureichen.
Leipzig, den 10. Juli 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georg. Wesserschmidt.

Bismarck's Rede

in der Mittwoch-Sitzung des Reichstags wird von der „Deutscher Zeitung“ wie folgt trefflich kommentirt:
„Der Reichstagler“ — sagt das genannte Blatt — „hat mit der ihm stets auszeichnenden Prägnanz seiner Rede ein Bild gebracht, das vielen gemüthlichen Deutschen als der Inbegriff aller politischen Weisheit erscheinen wird. Wer den inneren Kern verspiert, über Dinge eine Meinung zu äußern, denen er das zu ihrer gründlichen Erfassung notwendige Maß von Zeit und Studium aber zu wahren nicht hat, der wird die ihm gebotene schöne Gelegenheit, sich billig den Ansehens der Urberlegenheit zu erwerben, nicht vorübergehen lassen. Ein schwarzer Tuchrock oder ein Rod von schwarzem Tuch, das Bild ist so schlagend, es läßt sich in tausend Fällen mit Glück anwenden, also, weshalb sollen solche Leute es nicht auf die ermüdende Redebeitze anwenden? Ob es hier paßt oder nicht, wozu bedarf es der Unterwahrung?
Als Fürst Bismarck im December vorigen Jahres mit dem bekannten Briefe an die Öffentlichkeit trat, in welchem er von dem Grundsatze einer allgemeinen Zollpflicht für alle eingehenden Güter ein neues wirtschaftliches Heil des Landes prophezeite da wies man ihm sofort nach, daß er noch zwei Jahre zuvor, 1876, die Parteien im Reichstage angefordert hatte, ihn darin zu unterstützen, daß alle Artikel bis auf sehr wenige, sehr ergebige, vollfrei eingefahren werden könnten. Der Contrast war so grell, daß selbst seine anhänglichsten Anhänger anfänglich verblüfft wurden und zu den sonderbarsten Auskünften ihre Zuflucht nahmen. Seitdem sind in einer langen Reihe die maßlosesten Anklagen erfolgt gegen die Wirtschaftspolitik, die die Nation im Einklange mit dem Fürsten Bismarck von der Conflictzeit von 1862 an durch die Jahre der großen militärischen Erfolge und die Jahre liberalen Regiments bis 1876 geführt hat. Wo irgendwo ein Uebel war, da sollte der Freihandel, den wir gar nicht einmal besagen, es verschuldet haben; Herr v. Kardorff schrieb sogar die mangelhafte Blüthe der Heberei dem Freihandel zu. Auf der anderen Seite wurden die lotharischen Besprechungen freigeig ausgeführt; die verschiedensten Interessentkreise wurden careffirt und überredet — wie gern läßt sich der Steuerzahler zu solchem Glauben überreden —, sie seien zu schwer mit Steuern überbürdet. Wurde nun darauf hingewiesen, daß trotz dieser angeblichen Ueberlastung mit Steuern die Regierung gerade damit beschäftigt sei, neue Steuern anzulegen, so wurde erwidert, die Lasten sollten bei Leibe nicht vermehrt, sondern nur anders umgelegt werden, und die Steuerreform hätte, außer daß sie Bequemlichkeit beim Zahlen mit sich bringen würde, gar keine Folgen. Wäre die Sache wirklich so bedeutungslos, so hätten wir nicht die hochgeschätzte Erbitterung erlebt, nicht die compromittirenden Bündnisse zwischen alten Gegnern, zwischen Conservativen und Ultramontanen. Wäre die Sache unwichtig, so könnte sie nicht zugleich sehr wichtig sein; vom Betreten des neuen Weges könnte dann nicht Hilfe aus allen Uebeln und Herbeiführung allen Segens hergeleitet werden. Zwischen dem Alten und dem Neuen ist entweder ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht, oder wie zwischen einem schwarzen Tuchrock und einem Rod von schwarzem Tuch.“
Fürst Bismarck mag nun Recht oder Unrecht haben in dem jähren Bruch mit seiner Vergangenheit, er hat aber kein Recht zu so bitteren Anklagen gegen die, welche nicht gleichzeitig mit ihm die alte Fahne verlassen wollten, sondern die Freihändler wie auch die Liberalen, welche zwar Schwächlinge sind, aber nicht in den Bereich wichtiger Rechte der Volkvertretung einwilligen wollen.

Mag es Leute geben, die ohne Besinnen sagen: der Fahne zu folgen, die Fürst Bismarck trägt, ist keine Schande, so ist ihrem Argument einfach die Spitze geboten, wenn man ihnen erwidert, daß es demnach eben so wenig tadelswürdig sein kann, auf derselben Seite zu bleiben, als der Deutschlands großer Staatsmann vierzehn Jahre gestanden hat, in deren Rahmen sicherlich seine große Zeit fällt.
Solche verhältnißlichen Vertrauensfragen gehören überhaupt nicht in eine politische Debatte. Zoll- und Steuererhebungen wirken auf dieselbe Weise, ob Fürst Bismarck sie einführt oder verabschießt. Sie sind einfach Untersuchungsobjecte der Wissenschaft und sollten ohne alle Parteipartikularität behandelt werden. Die Bezeitigt, welche zur Zeit auf allen Seiten herrscht, ist sicherlich weder von Freihändlern noch von liberaler Seite ausgegangen. Und wenn auch im Verlaufe des Kampfes herausfordernde Animosität mit Bitterkeit und Hoheit bedient wurde, so werden doch die Schwächlinge in ihren Reihen vergeblich nach einer so objectiv sprechenden, alle Invektiven unbeachtet lassenden Persönlichkeit suchen, wie die Freihändler in Delbrück besitz. Ebensonnen haben die Conservativen einen so maßvoll austretenden Mann wie die Liberalen in Bennigen. Die Sturmschellen, die den Conservativen und Schwächlingen von dem gestörten Wind aufgehen wird, brauchen die Liberalen und Freihändler nicht zu scheuen. Sie haben vom ersten bis zum letzten Tage, auch als die Schlacht schon verloren war, das Princip der Gerechtigkeit hoch gehalten: keine Begünstigung des einen Producenten durch Mittel, die man dem andern abspart; keine Abwälzung der Lasten von den tragfähigen Schultern auf die schwachen. Im Prüfstein der Wirklichkeit wird das Volk erkennen, wer zu seinem Segen und wer zu seinem Schaden gewirkt hat.“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 11. Juli.
Im Laufe einer siebenstündigen Sitzung erledigte der Reichstag am Donnerstag die zweite Lesung der Gewerbeordnungs-Novelle, den Gesetzentwurf über den Ankauf des Kacyunk'schen Palais zum Zwecke der Errichtung eines Reichstagsgebäudes, die Vereinbarung zwischen Deutschland und der Schweiz wegen der Grenze der Confanz, die erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken, den Gesetzentwurf über die Statistik von Deutschlands Baarenverkehr mit dem Auslande, eine Anzahl von Berichten der Wahlprüfungskommission, die dritte Beratung des Tabaksteuergesetzes und die Generaldiscussion zur dritten Lesung des Zolltarifgesetzes. Von der Gewerbeordnungs-Novelle war nur noch der von den Plandirektoren u. handelnde Artikel 3 im Rückstande. Er wurde ohne erhebliche Debatte nach den Vorschlägen der Commission angenommen. Eine ähnlich glatte Erledigung fanden bis auf die letzte Angelegenheit alle übrigen Gegenstände der Tagesordnung. Zumal das Tabaksteuergesetz veranlaßte gar keine Debatte mehr. Es wurde nach den Beschlüssen zweiter Lesung mit sehr großer Majorität einstimmig angenommen. Ueberaus lebhaft dagegen gestaltete sich die Debatte über das Zolltarifgesetz. Alles, was in dem großen Redekampfe der letzten Tage nicht zum Ausdruck gekommen war, suchte sich jetzt zur Geltung zu bringen.
Wie am Mittwoch infolge des Bismarck'schen Angriffes, so fand auch am Donnerstag wieder die nationalliberale Partei im Vordergrund des Interesses. Die grundlosen Beschuldigungen des Reichstagslers mag eine selbständige Partei im Bewußtsein ihrer guten Absichten leicht ertragen; eine tiefbetäubende Erfahrung aber wird es ihr

unter allen Umständen sein müssen, wenn einer ihrer eigenen Angehörigen, ja sogar ein hervorragendes Mitglied, diese Beschuldigungen vor versammeltem Reichstage wiederholt. Eine solche Rolle hat der Abg. Böll gespielt. Die Stellung desselben zu dem Tarifgesetz war längst kein Geheimniß mehr. Die schwerwiegenden Gründe, welche einen so maßvollen Politiker wie Herrn von Bennigen in die Negative trieben, waren für ihn nicht vorhanden. Aber es scheint, daß Herr Böll sich mit dem Assesoren, welches sein Ja in der Schlussabstimmung hervorbringen mußte, nicht begnügen zu können meinte; er wollte es noch ausdrücklich von der Tribüne des Reichstags herab begründen. Auch der Abg. v. Hülsen hielt eine derartige Begründung seines bejahenden Votums für nöthig; doch that er es in rein sachlicher Weise. Der Abg. Böll dagegen betrachtete es als angemessen, der Kritik der Bennigen'schen Argumente auch den Hohn hinzuzufügen, einen bitteren Hohn, als ihn weder der Reichstagsler noch die Reiter der Majoritätsparteien gewagt haben. Sachlich brachte Herr Böll übrigens dem von den Letzteren Entwidelten nichts Neues hinzu. Geradezu unverständlich war seine pathetische Bertheidigung gegen Angriffe, die unseres Wissens kein Mensch gegen ihn gerichtet hat. Es bedarfte wahrlich nicht der breiten Erinnerungen an sein Eintreten für die preussische Spitze lange vor dem Jahre 1866, um ihn vor dem Verdachte reichthümlicher Besinnung zu bewahren. Wohl aber wird Herr Böll nach diesem Vorgange sich überlegen müssen, ob er sich noch ferner als einen liberalen Politiker betrachten kann. Die Rechte spendete ihm ungemessenen Beifall; aus der Mitte der nationalliberalen Fraction erhielt er durch den Abg. Kiefer die richtige Antwort. Ebenfalls freudig war das Schauspiel nicht, daß die nationalliberale Partei auf solche Weise gezwungen war, einem nachstehenden Fractiogensossen gegenüber die einfachsten und unbestrittensten Grundzüge des Constitutionalismus zu vertheidigen und die Gefährlichkeit des frankenstein'schen Antrags für die fernere Reichsentwicklung klarzustellen. Kiefer hat sich dieser Aufgabe unter dem lebhaftesten Beifall seiner Parteigenossen entledigt. Zugleich wies er mit der ihm eigenen Wärme und Unmittelbarkeit der Rede die Angriffe der Gegner zurück.
Die beginnende Versöhnung zwischen der Regierung und der katholischen Hierarchie kündigt sich auch in manchen kleinen Zeichen an. So hat der neue Oberpräsident der Provinz Westpreußen vor wenigen Tagen, wie die „Germania“ mit großer Befriedigung anmerkt, den Bischof von Culm, Johannes von der Warwitz, in Pölsin besucht und bei dem greisen Kirchenfürsten, der freiwillig unter allen preussischen Bischöfen am besten ein äußerliches Einvernehmen mit den staatlichen Behörden anstrebt zu erhalten verstanden hat, zu Mittag gespeist. Das Feuilletonblatt fügt hinzu, daß unter dem früheren Oberpräsidenten, Herrn von Bismarck, so etwas nie vorgefallen sei. Damals waren allerdings auch die Unterhandlungen mit der Curie, bei denen möglicherweise auch dem Calmer Bischofe eine Vermittlerrolle zugesprochen sein mag, noch lange nicht so weit gekommen wie heute.
Auf wie wenig Dank man in der Politik zu rechnen hat, dafür liefert das Benehmen der liberalen Partei während der letzten Wochen und noch heute ein recht eclatantes Beispiel. Die Parlamentarier und die Presse des Centrums fallen mit Vorliebe über diejenigen liberalen Abgeordneten her, welche bei allen Gelegenheiten, wo die Verwaltungsbehörden in der Höhe des Culturkampfes zu weit gegangen zu sein scheinen oder die Befehlsgebung selbst gewisse Schranken überschreiten wollte, häufig auf die Gefahr hin, mißverstanden und verkannt zu werden, für die Rechte der anscheinend Unterdrückten eingetreten sind. Am häufigsten ist, daß sich

diese Angriffe, die in gleicher Weise gegen Mitglieder der nationalliberalen wie der Fortschrittspartei, gegen Valler wie Richter gerichtet sind, zu persönlichen Verächtigungen und Schmähsungen steigern. Es wird hoffentlich die Zeit kommen, wo die unwürdige Benehmen seine gebührende Strafe findet.
Die Officiellen beschäftigen, daß von dem Ausscheiden der Herren Bontz und Behrens pfeinig aus dem Cultusministerium keine Rede ist, während es für eine ausgemachte Sache gilt, daß Unterstaatssecretar Dr. Sydow nicht länger im Amte bleibt. Wenn officiell hinzugefügt wird, daß Bericht, daß auch einige Räte des Ministeriums ausscheiden würden, scheint „auf unvollkommene Kenntniß der bezüglichen amtlichen Verhältnisse zu beruhen“, so ist dies allerdings insofern richtig, als die Ministerialräthe nicht wie die Unterstaatssecretare bei einem Ministerwechsel aus Gründen der Disciplinartur Disposition gestellt, sondern nur im disciplinarischen Wege beseitigt werden können, wozu die Regierung nicht vorzieht, sie auf andere Stellen in der höheren Verwaltung zu versetzen. In einem disciplinarischen Einschreiten liegt aber selbstverständlich nicht der mindeste Grund vor, und so wird es von dem persönlichen Willen der Herren Bontz, Behrens pfeinig u. abhängen, wie lange sie auf ihrem Posten ausharren wollen. Freilich lassen sich Möglichkeiten denken, die ihnen dieses Ausbarren zur Unmöglichkeit machen.
Die Panzercorvette „Hansa“, die sich jetzt nach Südamerika zur Wahrung deutscher Interessen in dem zum Ausbruch gekommenen Kriege zwischen Chile, Peru und Bolivia begeben hat, sollte von Seiten der deutschen Regierung an die Regierung von Peru verkauft werden, doch ist aus diesem Kaufgeschäfte an eine kriegerische Macht natürlich jetzt Nichts geworden, da dies gegen das Völkerrecht verstieße.
Die erst am 30. Juni erfolgte Erklärung Frankreichs, sich officiell nicht an der in München stattfindenden internationalen Kunstausstellung betheiligen zu wollen, giebt zu den verschiedensten politischen Vermuthungen Anlaß. Den Einwand Waddington's, daß die französische Regierung durch bestehende Besetze verhindert sei, Gegenstände aus Staatsausstellungen ins Ausland zu senden, will man nicht gelten lassen, da bei der Wiener Ausstellung 1873 viele Kunstwerke aus französischen Staatsausstellungen ausgeführt waren, obwohl die bezüglichen Besetze damals schon bestanden haben. Die Haltung Frankreichs wird um so mehr besprochen, als das Austrreten des französischen Botschafters General Chanzy in St. Petersburg, welcher eine förmliche Inspecirung der russischen Land- und Seefestungen vornimmt, auf eine Gunst schließen läßt, die man sonst nur einem künftigen Allirten gewähren dürfte. Zugleich weist das Unterbleiben der Reise des Kaisers Alexander nach Deutschland, das Postiren Berlins durch Fürst Gortschakoff, ohne beim Reichstagsler einen Besuch zu machen, noch mehr Schatten auf die deutsch-russischen Beziehungen, welche überdies noch durch die beständige Polemik der Officiellen etwas getrübt erscheinen.
Bei einem am Donnerstag in Lyon stattgehabten Schwahl hielt Ferdinand Lesseps eine Rede, in welcher er die Innersicht ausdrückte, daß das Project des Durchstichs der Landenge von Panama zur Durchführung gelangen werde. Der Amerikaner Nathan Appleton glaubte in seiner Ermüdung dieser Rede versichern zu können, daß Amerika dieses Unternehmen unterstützen werde.
In Nancy wird am 3. August ein Dentmal Thiers' enthüllt. An diesen Act knüpfen sich viertägige Festlichkeiten, welche am 1. August, als am Jahrestage des Abzugs der deutschen Occupationstruppen, ihren Krönung nehmen sollen. Die Minister Lepère und Jules Ferry wurden gewiß